

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dirk Becker, Rolf Hempelmann, Garrelt Duin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Oliver Krischer, Hans-Josef Fell, Bärbel Höhn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/3999 –**

### **Am Ausbau der hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplung festhalten**

#### **A. Problem**

Beibehaltung des im Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz fixierten 25-Prozent-Ziels, Änderungsvorschläge bei Zweifeln an der Realisierbarkeit, Einführung bzw. Beibehaltung von Fördermaßnahmen und administrativen Vorgaben für Mini-Kraft-Wärme-Kopplung (Mini-KWK), Erzeugung industrieller Prozesswärme, Nutzung erneuerbarer Energien, Netzintegration, Anschluss- und Benutzungszwang, Modernisierung von Anlagen sowie Vermeidung von Wettbewerbsnachteilen.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrages mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE.**

#### **C. Alternativen**

Keine.

#### **D. Finanzielle Auswirkungen**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 17/3999 abzulehnen.

Berlin, den 19. Januar 2011

### **Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**

**Eduard Oswald**  
Vorsitzender

**Rolf Hempelmann**  
Berichterstatter

## Bericht des Abgeordneten Rolf Hempelmann

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 17/3999** in seiner 78. Sitzung am 2. Dezember 2010 beraten und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss, Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antrag stellenden Fraktionen weisen darauf hin, dass der Anteil der CO<sub>2</sub>-armen KWK in der Bundesrepublik Deutschland mit 12 Prozent gegenüber Dänemark (50 Prozent) und den Niederlanden (38 Prozent) sehr gering sei. Trotz der Zielsetzung der großen Koalition, bis zum Jahr 2020 den Anteil der KWK am Strom auf 25 Prozent zu erhöhen, sei bisher kein nennenswerter KWK-Ausbau erfolgt. Dies liege unter anderem an den gesetzlich vorgeschriebenen kurzen Förder- und Meldefristen, aber auch an der Benachteiligung der KWK-Anlagen, die künftig Verschmutzungsrechte ersteigern müssen. Außerdem sei das sehr erfolgreiche Mini-KWK-Programm aus Haushaltszwängen eingestellt worden.

Die Bundesregierung wird deshalb unter anderem aufgefordert,

- das Ziel, bis zum Jahr 2020 25 Prozent des Stroms aus KWK zu gewinnen, beizubehalten,
- gegebenenfalls geeignete Anreizprogramme aufzulegen, um das Ziel zu erreichen,
- die Vorrangregelung für KWK-Strom gegenüber fossil oder atomar erzeugtem Strom beizubehalten und
- das Impulsprogramm zur Förderung von KWK wieder einzuführen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 17/3999 verwiesen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 43. Sitzung am 19. Januar 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/3999.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat die Vorlage in seiner 29. Sitzung am 19. Januar 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/3999.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat die Vorlage in seiner 28. Sitzung am 19. Januar 2011 be-

raten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/3999.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage in seiner 30. Sitzung am 19. Januar 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/3999.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat die Vorlage auf Drucksache 17/3999 in seiner 34. Sitzung am 19. Januar 2011 beraten.

Die **Fraktionen der CDU/CSU und FDP** hoben hervor, dass die KWK ein entscheidendes Thema sei, dass auch im Energiekonzept der Bundesregierung Berücksichtigung gefunden habe. Es müsse jedoch evaluiert werden, ob das Ziel, den Anteil des Stroms aus KWK bis zum Jahr 2020 bis auf 25 Prozent auszubauen, erreicht werden könne. Wenn man das Null-Energie-Haus anstrebe, sei KWK nicht mehr so sinnvoll, da kein Wärmeüberschuss mehr anfalle. Generell aber sei KWK eine sinnvolle Technologie, um CO<sub>2</sub> einzusparen.

Es habe 6 000 Anträge zur KWK-Förderung gegeben und 600 Anträge zum Wärmenetzausbau. Mehr als 5 200 Megawatt gehen in der Zeit von 2010 bis 2012 ans Netz. Von einer Stagnation am KWK-Markt könne von daher keine Rede sein.

Die **Fraktion der SPD** unterstrich die Bedeutung der KWK. Vom 25-Prozent-Ziel seien bisher nur knapp die Hälfte erreicht. Wichtig sei nun eine schnelle Überprüfung von Ausbau und Maßnahmen. Die Anregungen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN liegen im Antrag vor. Dazu gehörten zum Beispiel Regelungen im europäischen Emissionshandel, die die KWK benachteiligten. Es gebe Möglichkeiten einen Ausgleich zu entwickeln. Weiter gebe es weitere Förderungsmöglichkeiten wie die genauere Definition der Vorrangregelungen. Hier bestehe der Bedarf an baldigen Lösungen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** stellte fest, dass der Anteil von KWK mit 12 Prozent stagniere. Mit der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke werde ein Schritt in die andere Richtung gemacht, der zu einer Verunsicherung bei Stadtwerken und anderen geführt habe. Zudem sei die KWK im Rahmen der Energiesteuer zurückgeschraubt worden. Es sei Zeit, zügig zu Maßnahmen zu kommen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hielt das vergangene Jahr für ein verlorenes Jahr für die KWK. Im Koalitionsvertrag tauche die KWK nicht auf, das Impulsprogramm sei gekürzt worden und im Energiekonzept sei die

KWK nur in zwei Nebensätzen erwähnt. Der Zugewinn bei der KWK bestehe im Ersatz von alten Anlagen. Das Ganze passe in ein Gesamtbild, denn die KWK sei die Technologie der Stadtwerke und der neuen Energieanbieter, während die Bundesregierung auf die großen Energiekonzerne setze.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/3999 zu empfehlen.

Berlin, den 19. Januar 2011

**Rolf Hempelmann**  
Berichtersteller